

Schulfrust entscheidet Wahlen

**Anton Huber,
Stellvertretender Vorsitzender des Verbandes Deutscher Realschullehrer**

Bundestagswahl 2017 im Zeichen der Macht der wütenden Eltern, Lehrkräfte, ...

Nach den zurückliegenden beiden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, bei denen sich viele Wähler ihrem Ärger ob der miserablen Schulpolitik Luft gemacht haben, entscheiden die Bundesbürger – Kulturhoheit der Bundesländer hin oder her - am 24. September 2017 auch darüber, wie schulische Bildung in Deutschland künftig gestaltet werden soll.

Schulpolitik galt Analysen zufolge sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in Schleswig-Holstein als eines der wahlentscheidenden Themen. Besonders viel Kritik ernteten die dann abgewählten Parteien wegen ihrer ideologiegeleiteten Schulstrukturpolitik, geprägt von realitätsfernen, sozialromantischen pädagogischen Wunschträumen, die sich in Ausdrücken wie „voll inklusive Schule“, „Binnendifferenzierung“ oder „längeres gemeinsamen Lernen“ in der „Einen-Schule-für-alle“ manifestierten. SPD und Grüne erlitten Niederlagen, weil die Eltern und Lehrkräfte diesem Treiben nicht länger zusehen wollten.

Die vielen aktionistischen Reformen, sündteuer und nie daraufhin untersucht, ob sie dem Kind/dem jungen Menschen Vorteile bringen, haben die Eltern, aber auch die Lehrerschaft nicht nur frustriert, sie machen sie wütend. Nicht wenige Lehrkräfte sprechen davon, in bestimmten Bundesländern ob der verheerenden pädagogischen Situation, vor allem in der voll inklusiven Schule, und der hoffnungslosen Unterfinanzierung des Schulwesens Unterricht kaum noch durchführen zu können. Sie stellen mit Resignation fest: Das einst international hoch angesehene Bildungsland Deutschland verzichtet zunehmend auf schulische Bildung und gibt sich mit schulischer Betreuung auf niedrigem Niveau zufrieden. Der Leistungsgedanke ist längst aus den Schulen vertrieben worden und Unterrichten im herkömmlichen Sinne findet ob der Verhältnisse kaum mehr statt.

So gesehen steht das Bildungsland Deutschland 2017 vor einem Scheideweg. **Die Bundestagswahl 2017 wird zu einer Richtungswahl, zumal auch die Kulturhoheit der Länder arg bedroht ist.** Die eine Richtung: realitätsferne pädagogische Wunschträume, die jeder ernst zu nehmenden wissenschaftlichen Erkenntnis widersprechen; die andere: Festhalten an bewährten, tradierten Bildungsvorstellungen, die Deutschland als Land der Dichter und Denker bestimmt haben. Es geht um Bildungsvorstellungen, die schulische Leistung betonen, äußere und damit echte Differenzierung im Sinne bestmöglicher individueller Förderung und eine Rückbesinnung auf die Stärken des deutschen Bildungswesen fordern - beispielsweise auf das differenzierte Schulwesen und die hervorragende berufliche Bildung im dualen System.

Gefahr für das deutsche Bildungswesen droht zudem, weil **der Bund zunehmend Einfluss auf die Schulpolitik der Länder gewinnen möchte** – Stichwort: Kooperations-

verbot. So droht das Untergraben der Kulturhoheit der Länder mit der Folge, das Schulwesen in Deutschland weiter zu schwächen. Bundestagspräsident Norbert Lamert sagte jüngst: „Wir laufen sehenden Auges in einen Zentralstaat“. Ein Nivellieren der Ansprüche an schulische Bildung auf geringstem Niveau ist zu befürchten. Die Bildungspolitik der Bundesländer soll vereinheitlicht werden, natürlich im Sinne der Ideologen, die seit Jahrzehnten die Gleichmacherei betreiben und denen die Leistungsfähigkeit der Schule im Bildungsland Deutschland ganz offensichtlich egal ist.

Diese Aspekte waren für den VDR Leitgedanken für die Analyse der zur Bundestagswahl 2017 vorgelegten Wahlprogramme. Mit einem standardisierten Erhebungsbogen sollte vermieden werden, dass sich die Parteien erneut in nichtssagende Worthülsen flüchten. **Konkrete Aussagen zur Schulstruktur und zur pädagogischen Arbeit in der Schule werden umso wichtiger, je mehr der Bund Einfluss auf die Schulpolitik der Länder gewinnt.** Wenngleich sich einige Parteien erneut in Prosatexten verlieren, liegen dem Wähler nun mit Ausnahme der SPD, die den standardisierten Erhebungsbogen abgelehnt hat, konkrete Aussagen vor, um sich für oder gegen eine politische Partei zu entscheiden.

Nachfolgend werden die Rückmeldungen der Parteien in einer Gesamtschau zusammengetragen. Bewusst wurde an dieser Stelle aus oben genannten Gründen auf umfangreiche Textbeschreibungen verzichtet (Ausnahme: Ergänzungen unter „Sonstiges“ in der Tabelle), zumal diese Positionen lediglich das Wahlprogramm der jeweiligen Partei wiedergeben würden. Diese Wahlprogramme sind längst veröffentlicht. Sollten Leser dennoch an den dem VDR zugeleiteten Rückmeldungen interessiert sein, so können diese unter der Mailadresse antonius.pahu@googlemail.com abgerufen werden.